

Für die Wahlen am 14. Mai 2023 im Bundesland Bremen wurde am 4.2. das „Zukunftsprogramm 2023 – 2027“ einstimmig verabschiedet. Erstmals werden darin auch die Künstlerischen Therapien als regelungsbedürftige Berufe in einem Wahlprogramm genannt.

Auf Initiative des ehemaligen Vorstandsmitglieds der Deutschen Musiktherapeutischen Gesellschaft, Ilse Wolfram, findet sich in dem 185 Seiten umfassenden Zukunftsprogramm, das in 15 Kapiteln alle Lebensbereiche abdeckt, auch der Regelungsbedarf der Künstlerischen Therapien. Als Mitglied der SPD in Bremen vertritt Ilse Wolfram in den vergangenen Jahren in der Arbeitsgruppe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) die Fachgebiete Künstlerische Therapien und Seelische Gesundheit.

Ihrem Engagement ist es zu verdanken, dass im Kapitel 12 des Wahlprogramms der SPD in Bremen nun steht: „...sind auch weitere Berufsgruppen zum Beispiel im therapeutischen Bereich wichtig. Für sie sind zuverlässige Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehören auch die künstlerischen Therapeuten*innen, da diese über geeignete Interventionsmöglichkeiten u.a. nach Schlaganfall und bei Demenz verfügen.“

Darüber hinaus findet sich ein weiteres Thema im Kapitel 12, in dem auch die Anwendung Künstlerischer Therapien gefordert wird: “Durch den Ausbau von schulpsychologischen und kreativtherapeutischen Angeboten wollen wir Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, Lockdown-Erfahrungen zu verarbeiten“.

Schließlich ist im Kapitel 11, Gleichstellung – Gewalt gegen Frauen und Mädchen und Istanbul-Konvention, formuliert: ...“Betroffene Frauen und Mädchen müssen einen einfacheren Zugang als bisher auch zu anderen Therapieansätzen wie etwa der Kunsttherapie bekommen, um Traumata nach sexualisierter Gewalt zu bewältigen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich auch die Krankenkassen einer Finanzierung öffnen“.

Wir danken Ilse Wolfram und der ASG für Ihren Einsatz für eine berufsrechtliche Regelung der Künstlerischen Therapien! Gern unterstützen wir die SPD in Bremen und darüber hinaus bei der Umsetzung der im Zukunftsprogramm beschlossenen Verbesserungen der aktuellen Situation.